

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Omid Najafi, Stefan Marzischewski-Drewes, Dennis Jahn, Peer Lilienthal, Stephan Bothe, Jürgen Pastewsky und Holger Kühnlenz (AfD)

Schulden der Landkreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi, Stefan Marzischewski-Drewes, Dennis Jahn, Peer Lilienthal, Stephan Bothe, Jürgen Pastewsky und Holger Kühnlenz (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 13.04.2025

Einer aktuellen Meldung des Statistischen Bundesamtes zufolge sind die Schulden der deutschen Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung angestiegen.¹ Demnach beträgt das Rekorddefizit 24,8 Milliarden Euro und ist vor allem auf die Verschuldung der Kernhaushalte zurückzuführen: Mit 24,3 Milliarden Euro war es 2024 fast viermal so hoch wie 2023 (6,3 Milliarden Euro). Grund dafür waren u. a. die höheren Regelsätze bei Sozialhilfe, Bürgergeld und den Aufwendungen für Asylbewerber. Insgesamt gaben die Kommunen 84,5 Milliarden Euro für Sozialleistungen aus und trugen damit 95 % der Sozialleistungsausgaben in Deutschland. Aufgrund von Tarifsteigerungen und Personalaufstockungen stiegen auch die Personalausgaben der Kommunen. Zuletzt im Kommunalbericht 2024 über die niedersächsischen Kommunen bekanntgewordene Zahlen zeigten eine Gesamtverschuldung von 14,9 Milliarden Euro in den Kernhaushalten.² Die Zinszahlungen auf Investitionskredite seien 2024 um 19,7 % gestiegen.³

1. Wie hoch war die Gesamtverschuldung der niedersächsischen Landkreise (mit Region Hannover), kreisfreien Städte, Samtgemeinden und Gemeinden Ende 2024, und wie hoch war der Anstieg zum Ende 2023 (bitte einzeln für die jeweiligen Kategorien ausweisen)?
2. Wie hoch war Ende 2024 die Verschuldung in den Kernhaushalten, in den Extrahaushalten und bei den sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (in Summe und anteilig in Prozent der Gesamtschulden)?
3. Wie hoch waren die Aufwendungen der niedersächsischen Gebietskörperschaften im Jahr 2024 für die Schuldzinsen?
4. Welche Gebietskörperschaften haben im Jahr 2024 ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt, welche haben dies zum wiederholten Male ausgesetzt, und welche planen die weitere Aussetzung noch für die Jahre 2025 und 2026 (bitte um Auflistung)?
5. In welchem Umfang verzeichneten die Gebietskörperschaften Wertpapierschulden, Kassen- oder Liquiditätskredite und Kredite gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich?
6. Inwieweit werden die geplanten 640 Millionen Euro aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen (KIP 3) bis 2028 zu einer Entschuldung der Kommunen beitragen können?

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_126_71137.html

² https://www.lrh.niedersachsen.de/startseite/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen_2024/kommunalbericht-2024-kommunaler-schuldenberg-auf-rekordhoch-237124.html

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Landesrechnungshof-Schulden-der-Kommunen-auf-Rekordhoch,landesrechnungshof298.html#:~:text=Landesrechnungshof%3A%20Schulden%20der%20Kommunen%20auf%20Rekordhoch,-Stand%3A%2014.11.2024&text=Dem%20Kommunalbericht%202024%20des%20Nieders%C3%A4chsischen,des%20Landesrechnungshofs%2C%20Sandra%20von%20Klaeden.>

7. Wie bewertet die Landesregierung die Stellungnahme des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, derzufolge auch die geplanten Kreditmittel aus dem Investitionspaket des Bundes keine Verbesserung der Finanzlage der Kommunen bringen würden?⁴
8. Nach Angaben des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes wird sich das zusätzliche Defizit der kleineren und mittleren Kommunen in 2025 auf rund 400 Millionen Euro belaufen. Wie hoch wird die Verschuldung und Neuverschuldung der niedersächsischen Landkreise (mit Region Hannover), kreisfreien Städten, Samtgemeinden und Gemeinden nach aktuellen Haushaltsplanungen bis Ende 2025 ausfallen (bitte einzeln für die jeweiligen Kategorien ausweisen)?
9. In wie vielen Fällen haben im Jahr 2024 gemäß den §§ 170 bis 175 NKomVG zuständige Aufsichtsbehörden in die Angelegenheiten der Kommunen interveniert (bitte um Auflistung mit Anlassgrund)?
10. Welche Maßnahmen will die Landesregierung auf Bundesebene ergreifen, um die niedersächsischen Kommunen von den steigenden Sozialausgaben zu befreien?
11. Welche Hilfen plant die Landesregierung außerhalb des Investitionspakts von 640 Millionen Euro, um die Kommunen von Altschulden und Liquiditätskrediten zu befreien?
12. Welche Wirkung verspricht sich die Landesregierung von dem neuen Artikel 143 h Grundgesetz hinsichtlich der kommunalen Verschuldung in Niedersachsen?
13. Bei welchem Verschuldungsgrad im Verhältnis zu den laufenden Haushaltsausgaben einer Kommune ist kein Abbau der Schuldenlast aus eigener Finanzkraft mehr möglich (unter Berücksichtigung der Schulden in Kern- und Extrahaushalten), und wie viele Kommunen in Niedersachsen sind davon betroffen?

⁴ <https://www.nsgb.de/infrastrukturpaket-ist-ein-bluff/>